

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL

Mit finanzieller Unterstützung des



Vorwort

Die Situation in Brasilien ist weiterhin angespannt. Nach der Amtseinführung des neu gewählten Präsidenten Bolsonaro warten die politischen Akteure zunächst einmal die nächsten Schritte der Regierung ab. Zwar hat Bolsonaro wiederholt Akteure der sozialen Bewegungen wie beispielsweise die Landlosenbewegung MST als Terroristen beschimpft aber konkrete Einsätze der Repressionsorgane blieben bisher im erwartbaren Rahmen.

Anstatt mit polizeilicher Gewalt geht die Regierung eher mit subversiveren Maßnahmen vor. So werden in São Paulo die Einkäufe für die Schulspeisung von frischen Zutaten auf verarbeitete Lebensmittel umgestellt, was natürlich kleine, lokale Produzenten benachteiligt. Auf institutioneller Ebene wird die Anerkennung der Primarschulen der MST in Frage gestellt, was der Bewegung enorm schaden könnte. Wenn die Anerkennung fehlt, fallen nicht nur finanzielle Ressourcen weg – auch die Schüler haben keine Aussicht auf einen anerkannten Schulabschluss mehr.

Auch durch die massive Freigabe von Pestiziden wird die Situation auf dem Land weiter eskalieren.

Noch ist es aber zu früh eine umfassende Bilanz der Bolsonaro Regierung zu ziehen. Dieses Dossier ist mehr eine erste Bestandsaufnahme.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Imperiale Ernährung: Der Schmetterlingseffekt der globalen Lebensmittelindustrie..... | 1 |
| Brasiliens Lebensmittelpolitik: Zwei Schritte nach vorn, drei Schritte zurück..... | 4 |
| Agrargift-Boom: Mit Kanonenkugeln auf Insekten schießen..... | 7 |
| Freihandelsvertrag zwischen Mercosur und der Europäischen Union..... | 8 |
| Für die Kinder nur die Reste - Schulspeisung in São Paulo..... | 9 |
| Verbot des Sprühens von Pestiziden aus der Luft in Ceará..... | 10 |
| Termine:..... | 12 |

Schwerpunkt:

Der Schmetterlingseffekt der globalen Lebensmittelindustrie

Die Ausbreitung der imperialen Lebensweise betrifft uns Alle, auch wenn sie nicht für jeden spürbar ist. Eine Analyse der Ursachen und Wirkungen am Beispiel der weltweiten Soja-Produktion.

Beim Blick auf den Mittagsteller des Durchschnittsbürgers in Deutschland, darf das Stück Fleisch nicht fehlen. Was dieses Stück Fleisch aber mit der Vertreibung Indigener in Brasilien zu tun hat, ist nur den Wenigsten bewusst. Doch wenn man sich die Handelsketten der Lebensmittelproduktion etwas genauer ansieht, wird schnell klar, dass auch ihr eine imperiale Lebensweise innewohnt.

Sieht man sich beispielsweise die weltweite Produktion von Soja an, steht Brasilien mit den USA an der Spitze. Das Land entwickelte sich in den letzten Jahren zu einem der größten Soja-Exporteure weltweit, der Großteil davon landet in China, ein beachtlicher Teil aber auch in der EU. So importiert die EU jährlich knapp 33 Millionen Tonnen Sojabohnen und Sojaschrot aus Nord- und Südamerika – insgesamt also 64 Kilogramm für jeden EU-Bürger. Und indirekt landet dieses Soja tatsächlich in unserem Magen: Hierzulande werden die Soja-Importe zu einem großen Teil als eiweißreiche Futterpflanzen für die großen Nutztierbestände, für Schweine, Geflügel und Rinder, verwendet. Die jährlich größer werdende Nachfrage nach Fleischprodukten, führt so auch in Brasilien zu einer erhöhten Soja-Produktion. Dort wird nahezu die gesamte Produktionssteigerung von Soja seit Jahrzehnten durch die Rodung des Regenwaldes oder der Savanne und damit auch die Verdrängung kleinbäuerlicher, indigener oder quilombola Gemeinschaften, erzielt.

Ein weiteres Problem ist aber nicht nur die stetige Ausbreitung der Agrarkonzerne durch eine imperiale Lebensweise, sondern auch der rigorose Einsatz gefährlicher Agrargifte und oft damit einhergehendes gentechnisch-manipuliertes Saatgut. Berühmtestes Beispiel ist hier der Konzern Monsanto,

der erst im letzten Jahr vom deutschen Unternehmen Bayer übernommen wurde. Neben Corteva Agriscience (ehemals Dow und DuPont) und ChemChina/Syngenta, ist Bayer nun endgültig am

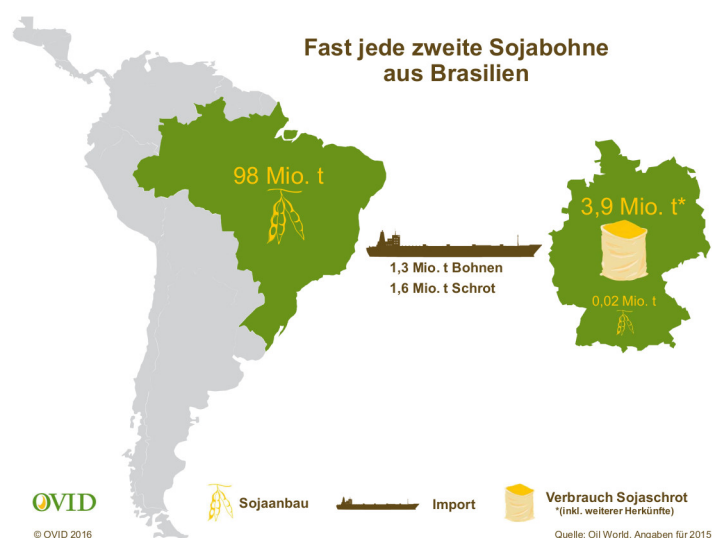


Illustration 1: OVID 2016

Zenit des Saatgutmarktes und Pestizidgeschäftes angekommen. Der nun größte Agrochemie-Konzern der Welt erwirtschaftet so einen jährlichen Umsatz von 22,5 Milliarden Euro. Im globalen Süden hat das soziale, ökologische und menschenrechtliche Auswirkungen – auch hier wird die imperiale Lebensweise sichtbar. So verkauft der Konzern beispielsweise in Brasilien Produkte, die in der EU längst verbotene Wirkstoffe enthalten, darunter Carbendazim, Cyclanilid, Ethiprole, Ethoxysulfuron, Ioxynil und Thiodicarb. Der Bayer-Konzern hat also offensichtlich keine ethischen Bedenken dabei, außerhalb von Europa die Gesundheit von Bauern und Bäuerinnen sowie Landarbeiter*innen und der lokalen Bevölkerung durch den Einsatz und die Herstellung seiner Produkte zu gefährden.

„Die enorme Dunkelziffer an Pestizidvergiftungen in Brasilien ist unmittelbar mit einem zentralen Geschäftsfeld des fusionierten Pestizidgiganten verbunden. Schon heute ist Brasilien das Land mit dem größten Pestizideinsatz weltweit. 20 Prozent aller weltweit ausgebrachten Pestizide landen auf brasilianischen Äckern. Mit der Übernahme von Monsanto wird Bayer auch in Brasilien mit einem Marktanteil von 23 Prozent zum wichtigsten Pestizidhersteller“, schreibt die [Kampagne Meine Landwirtschaft](#).

Natürlich ist im Hinblick auf den massiven Einsatz von Agrargiften und gentechnisch manipuliertem Saatgut, der Umstieg auf Bio-Fleisch ein Schritt in die richtige Richtung. Vor allem im Blick auf Brasilien wird dies deutlich: denn über 95% des dort produziertes Sojas sind gentechnisch manipuliert. Durch den Kauf von biologischen Fleischprodukten unterstützt man nicht nur eine umweltschonendere Landwirtschaft, sondern reduziert somit auch die Wahrscheinlichkeit die Abholzung des Regenwaldes und damit einhergehende Landkonflikte in Brasilien indirekt mit zu verursachen.

Können wir aus Fehlern lernen? – die neue GAP Reform 2020

Auch die derzeitigen Verhandlungen rund um die gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP), die ab 2021 in Kraft treten soll und in der auch ökologische Themen nicht zu kurz kommen sollen, fordern immer mehr Menschen den Einbezug der globalen Perspektive. Denn auch die GAP ist mitverantwortlich für die weltweite Sojaexpansion und damit einhergehenden Probleme in den Erzeugerländern. Die derzeitige Agrarpolitik bietet einfach keine Anreize für eine vielseitige landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion, wodurch eine zunehmende Intensivierung und Spezialisierung zu beobachten ist. Die EU begünstigt den Sojahandel weiterhin, indem sie auf importiertes Futtersoja keine Zölle erhebt. Der BUND betont: „Damit bleibt die Nachfrage innerhalb der EU langfristig hoch, während die Auswirkungen agrarindustrieller Sojaplantagen auf Umwelt sowie Bürger- und Menschenrechte unter den Tisch gekehrt werden.“

Derzeit verteilt die EU jährlich rund 60 Milliarden Euro an die Landwirtschaft, der Großteil geht an Großgrundbesitzer*innen. Pro Hektar gibt es ca. 300 Euro, unabhängig davon, ob dort zukunftsfähig gewirtschaftet wird. Sinnvoller wäre es das Geld zu nutzen, um tatsächlich zukunftsfähige Betriebe zu belohnen. Den Weg in die Zukunft weisen jene Bäuerinnen und Bauern, die ihre Tiere gut halten, den ländlichen Raum lebendig machen und dabei mithilfe Umwelt und Klima zu schützen. Dies sollte auch der Leitsatz der neuen und zukunftsfähigen GAP ab 2020 sein.

Neben der GAP, gibt es aber derzeit auch Pläne für einen neuen Freihandels-Vertrag zwischen der EU und den Mercosur Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Venezuela), der die Exportorientierung dieser Länder weiter stärken würde. Der Regierung Bolsonaro würde dieser Vertrag in die Hände spielen und die Abholzung des Regenwaldes weiter vorantreiben. Die Position der EU scheint hier vor allem von wirtschaftlichen Interessen geprägt und beruft sich auf eine wertebasierte Handelsagenda der Europäischen Kommission. Dennoch: die Lage für die Bauern und Bäuerinnen vor Ort bleibt angespannt...

Kleinbäuer*innen sind global gesehen am Produktivsten.

Im Gegensatz zu den ständigen Behauptungen aus der Agrarlobby, dass ein Ausbau im Sinne einer technologisierten, Pestizidintensiven und eine auf genmanipuliertem Saatgut basierende Landwirtschaft gerade auch im globalen Süden wichtig sei, um den Welthunger zu bekämpfen, zeigt die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft sehr produktiv ist. So stellen in Brasilien kleinbäuerliche Betriebe im Schnitt 40% der Produktionen einiger Hauptanbauprodukte bereit und dies auf weniger als 25% der Ackerfläche. In anderen Ländern sind die Zahlen sogar noch eindeutiger. Insgesamt zeigt sich also, dass es keinen Anstieg der Lebensmittelproduktion braucht, um Hunger zu bekämpfen. Denn Hunger hängt nicht mit dem weltweiten Angebot an Nahrungsmitteln zusammen, „sondern mit Armut, Demokratiedefiziten und ungleich verteiltem Zugang zu Land, Wasser, Kapital sowie anderen Infrastrukturen und Ressourcen“, erläutert der BUND.

Auch wenn es schwer vorstellbar bleibt, wie das Stück Fleisch am Mittagsteller mit der Vertreibung der Indigenen Brasiliens zu tun hat, so ist es doch die Verantwortung von uns Allen und vor allem jener, die von der derzeitigen imperialen Lebensweise profitieren, beim nächsten Mal etwas genauer hinzusehen. Denn die Nahrungsmittelproduktion ist mittlerweile Teil eines global vernetzten Warensystems, dessen Ursache und Wirkung oft Tausenden Kilometer auseinanderliegen – ein Schmetterlingseffekt par excellence!

Links:

- [Soja-Report des BUND](#)
- [Giftige Pestizide als Kern-Geschäft](#)
- [Fleisch-Atlas \(Le Monde/ Heinrich Böll Stiftung\)](#)

Brasiliens Lebensmittelpolitik: Zwei Schritte nach vorn, drei Schritte zurück.

Die Idee des Guten Essens für Alle könnte brasilianischer Natur sein. Das Land gilt weltweit als Vorreiter in Sachen Ernährungsrate und demokratischer Lebensmittelpolitik. Die jüngsten Ereignisse versetzen das Land aber wieder um Jahrzehnte in die Vergangenheit: lokales und biologisches Essen werden sich künftig nur noch die Wenigsten leisten können.

Ernährungsrate sind kein neues Phänomen. In Brasilien existiert die Idee dazu schon seit 1993, seit 2003 wird sie aktiv umgesetzt: Die ‚Conselho de Segurança Alimentar e Nutricional‘ (CONSEA) - der nationale Ernährungsrat des Landes, der dem Präsidenten als beratende Funktion an der Seite steht, trug seit seiner Wiederbelebung 2003 zu einer Demokratisierung des Ernährungssystems bei und reduzierte zudem das Hungerproblem Brasiliens drastisch. Der Rat besteht dort zu zwei Dritteln aus Zivilgesellschaft und zu einem Drittel aus staatlichen Institutionen. Neben Vertreter*innen indigener Gemeinschaften, religiöser Gruppen und Gewerkschaften sind auch Vertreter*innen von Bauern und Bäuerinnen sowie von Bildungseinrichtungen Teil des Rats, der so mehr zivilgesellschaftliche Mitbestimmung an politischen Entscheidungsprozessen sicherstellt. Eine wichtige Übung in partizipativ-demokratischen Prozessen also, die in jüngster Vergangenheit auch in vielen anderen Teilen der Welt Anwendung findet. Auch in Deutschland gibt es hierzu in einigen Städten lokale Initiativen, die sich für eine Demokratisierung der Lebensmittelpolitik einsetzen. FIAN betont hier mehrere Ebenen: „Auf der einen Seite streben sie eine Relokalisierung der Ernährungssysteme und die Verankerung von Ernährungssouveränität in der lokalen oder regionalen Stadt- oder Gemeindeentwicklungspolitik an. Auf der anderen Seite fördern sie die Herausbildung von ‚Human Rights Cities‘.“

Die ersten Ernährungsrate Deutschlands wurden 2015 gegründet, wobei sich hier vor allem in Berlin wichtige Gründungsprozesse und Vernetzungen ergaben, die schließlich zum ersten Ernährungsrat in Deutschland führten. Kurz darauf gründete auch die Stadt Köln einen Ernährungsrat, gefolgt von Frankfurt, Dresden und Oldenburg. Mittlerweile entwickelte sich ein regelrechter Ernährungsrat-Boom, denn die demokratischen Entscheidungsprozesse rund um das

Thema Nahrung liegen immer mehr Menschen am Herzen. Auch in Freiburg gibt es seit 2018 einen aktiven Ernährungsrat, der zu verschiedenen Themen von Umweltschutz bis Direktvermarktung und Stadt-Land Beziehungen arbeitet.

Brasilien hat solche Prozesse schon lange hinter sich. Der nationale Ernährungsrat wurde schon im Jahr 1993 gegründet, aber kurz danach wieder aufgelöst und erst 10 Jahre später wiederbelebt. Unter der Regierung Lula da Silvas konnte ab 2003 durch die CONSEA die ‚Zero-Fome‘ (Null-Hunger) Strategie des Landes weitestgehend umgesetzt werden. So erscheint das Land seit 2014 nicht mehr auf der ‚FAO Hunger Map‘ und die Umsetzung diverser



Abbildung 2: Banquetaço CONSEA - Midia Ninja

Sozialprogramme, wie beispielsweise ‚Bolsa Familia‘, führten zu einer stetigen Verbesserung im Kampf gegen die extreme Armut. Landesweit wurde zudem ein Schulmahlzeiten-Programm durchgesetzt, das die Schulen mit lokalen, kleinbäuerlichen und gesunden Erzeugnissen versorgt. So wird nicht nur die kleinbäuerliche Landwirtschaft unterstützt, sondern gleichzeitig auch auf eine gesunde Ernährung im Rahmen des Schulsystems gesetzt. All diese Errungenschaften ergaben sich vor allem durch die Einbindung der Zivilgesellschaft im Rahmen der CONSEA, die mittels ihrer beratenden Funktion viele Diskussionsprozesse in Gang setzten.

Nun schreiben wir aber das Jahr 2019, und in Brasilien sind neue Zeiten angebrochen. Mit dem Amtseintritt von Jair Bolsonaro am 1.1.2019, löste dieser noch am selben Tag die CONSEA auf. Die Folgen der Auflösung sind noch nicht abzusehen, sie werden aber mit Sicherheit fatal sein und jene treffen, die sowieso schon Existenzminimum leben: Indigene, Quilombolas, Kleinbäuer*innen, Landlose. Somit setzte Bolsonaro schon am ersten Tag seiner Amtszeit ein deutliches Zeichen gegen die marginalisierten Bevölkerungsgruppen seines eigenen Landes und gibt wiederum der Agrarlobby und Großkonzernen die Handlungsmacht.

Die Schließung der CONSEA trifft viele in Brasilien wie ein Schock. Nur wenige Bundesabgeordnete sprechen sich offen für eine Rückholung der CONSEA aus. Doch der Widerstand in der Bevölkerung wird von Tag zu Tag größer: am 27. Februar 2019 gab es so landesweit und in über 15 Städten sogenannte „Banquetaços“, also Bankette zur Erhaltung der CONSEA und für eine gesunde Ernährung in ganz Brasilien. Hierbei wurde vor allem über die übermäßige Pestizidbelastung und andere schädliche Substanzen aufmerksam gemacht, sowie für

eine Demokratisierung des Lebensmittelzugangs demonstriert. Ohne die CONSEA würde der Ansatz zur Ernährungssicherheit des Landes verloren gehen. Was bleibt sind spärliche und zerstreute Maßnahmen, die keines der Nahrungsmittel- und Ernährungsprobleme nachhaltig verändern werde, schreibt die ‚Articulacao Nacional de Agroecologia‘.

Auch weltweit protestieren Menschen gegen die Entscheidung Jair Bolsonaro. So sammelte der FIAN mittlerweile über 35.000 Unterschriften und zeigt somit die internationale Solidarität zu Lebensmittel- und Ernährungsfragen auf. Dennoch: die jüngsten Entwicklungen in Brasilien zeigen die massiven Rückschritte durch den Amtseintritt Bolsonaros bereits in voller Deutlichkeit - die marginalisierten Bevölkerungsgruppen sind dabei die Hauptleidtragenden. Die Tatsache, dass aber schon vor über 25 Jahren die Idee für einen Ernährungsrat in Brasilien entstand, zeigt auch, dass progressive, inklusive und demokratische Konzepte nicht nur aus dem globalen Norden kommen und auch wir dementsprechend von den Ländern des globalen Südens lernen können. Gleichzeitig stehen und fallen diese progressiven Ideen allerdings meist mit der amtierenden Regierung, wie man am Beispiel des Ernährungsrats in Brasilien in aller Deutlichkeit sehen kann. Wir fordern daher internationale Solidarität mit Brasilien im Kampf für Ernährungssouveränität, für gesunde und lokal-produzierte Nahrung, frei von hochgefährlichen Pestiziden und für ein ‚Gutes Essen für Alle‘.

“A comida deve alimentar corpo, mente e alma, não matar, nem por veneno nem por conflito. Deve erradicar a fome e conservar a natureza, promover saúde e a paz entre os povos. Comer é ato político e o que comemos determina o sistema alimentar que fomentamos com nossas escolhas.”, heißt es auf dem Bankett.

(“Nahrung muss Körper, Geist und Seele ernähren, nicht töten, weder durch Gift noch durch Konflikte. Sie muss den Hunger ausrotten und die Natur schützen, die Gesundheit und den Frieden zwischen den Völkern fördern. Das Essen ist politisch und was wir essen, bestimmt das Nahrungsmittelsystem, das wir mit unseren Entscheidungen fördern.“)

Links:

[FIAN Petition](#)

[FIAN Broschüre - Ernährungsräte](#)

[Bewegung Articulacao Nacional de Agroecologia](#)

[Banquetaços zur Erhaltung der CONSEA](#)

[Ernährungsräte Deutschland](#)

Agrargift-Boom: Mit Kanonenkugeln auf Insekten schießen

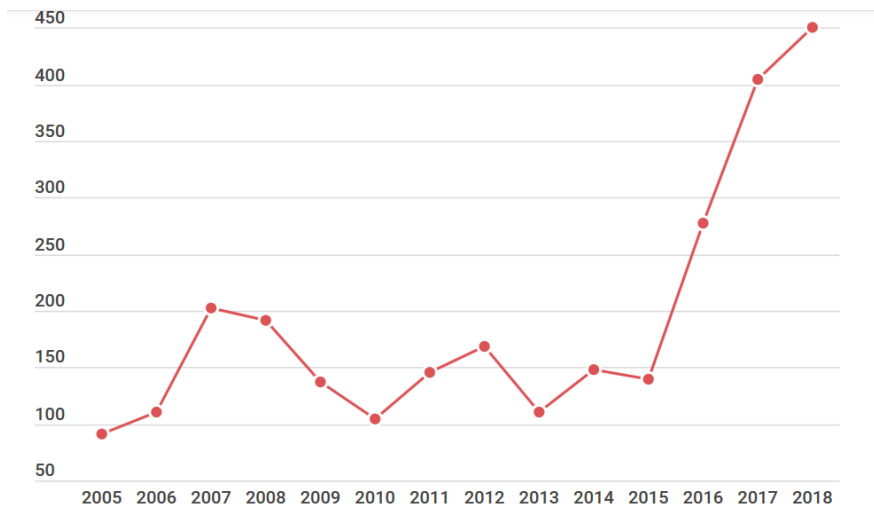


Illustration 3: Anzahl zugelassener Agrargifte / Jahr

Seit der „grünen Revolution“ ist Brasilien ein vielversprechendes Land für Agrar- und Chemiekonzerne. Die Auflagen sind dort im Vergleich zu anderen Ländern sehr gering und die Freiheit im Umgang mit Agrargiften umso größer. Während in der EU immer mehr Pestizide, Herbizide und Fungizide auf dem Prüfstand stehen oder gar verboten werden, tun sich in Brasilien neue Welten auf. Seit 2015 ist dort ein enormer Anstieg der erlaubten Mittel zu verzeichnen, der seinen Höhepunkt seit dem Amtseintritt Jair Bolsonaro findet. Seit Januar wurden so 86 (!) neue Agrargifte zugelassen, im Schnitt also jeden Tag ein Neues. Der Erklärung des Landwirtschaftsministeriums zufolge, sollte aber niemand davon betroffen sein, man würde damit viel eher positive Effekte erzeugen und den Markt weiter öffnen. Insgesamt konnten so mittlerweile 2123 Pestizide lizenziert werden. Beachtlich ist dabei vor allem auch die uneingeschränkte Befugnis für die Agronomen, die die Pestizide nun weitestgehend nach eigenem Rezept mischen dürfen. Diese neuen chemischen Rezepturen haben Auswirkungen auf Mensch und Umwelt, die noch nicht erforscht sind. Doch dem Verband der Imker in Rio Grande do Sul macht der vehemente Einsatz gefährliche Agrargifte schon jetzt zu schaffen. So verloren die Imker dort ganze 6000 Bienenstöcke, die Honigproduktion musste daher stark eingeschränkt werden. Doch die Auswirkungen des Bienensterbens sind auch in anderen Lebensmittelbereichen deutlich spürbar. In Brasilien hängen mehr als 50 Millionen Tonnen landwirtschaftliche Produkte direkt von der Bestäubung ab. Mittlerweile kommt es so nicht nur zu Belastungen für Mensch und Umwelt, sondern auch zu wirtschaftlichen Einbußen in Millionenhöhe.

„Bala de canhão para matar uma mosca“, heißt es in Brasilien, was übersetzt so viel heißt wie, dass in Brasilien Kanonenkugeln verwendet werden, um eine Fliege zu töten. Langfristig gewinnt in diesem Spiel wohl kaum jemand, außer jenen die sich durch den Vertrieb der Agrargifte eine goldene Nase verdienen. Während in Europa mittlerweile viele Pestizide verboten sind, die in

direktem Zusammenhang mit Insektentötungen stehen, ist in Brasilien eher gegenteiliges bemerkbar. Einige in Europa verbotene Produkte - wie Neonicotinoide oder von Nikotin abgeleitete Insektizide - werden hier weiterhin in großem Umfang versprüht. Auch das umstrittene Herbizid Glyphosat wird dort weiterhin in großen Stil eingesetzt. Die zugelassenen Höchstmengen liegen laut der Vereinigung Brasiliens für Öffentliche Gesundheit, Abrasco, teils 5.000 Mal höher als in Europa.

Profiteure sind in diesem einseitigen Spiel große Agrarkonzerne, multinationale Chemiekonzerne, Großgrundbesitzer und womöglich auch die neue Regierung Brasiliens, die ein offensichtliches Interesse an der Erleichterung der Agrargift-Gesetze zu haben scheint. Die weltweit größten Agrarkonzerne dominieren dabei heute mehr als 60 Prozent des weltweiten Marktes. Durch die jüngsten Fusionen von Bayer-Monsanto, als auch ChemChina-Syngenta, sowie DuPont-Dow, bleibt die Marktmacht nicht nur überschaubar, sondern vor allen Dingen im globalen Norden verankert. Die einfachen Landarbeiter*innen des globalen Südens, die den Giften ständig ausgesetzt sind, werden hier auch in Zukunft den Kürzeren ziehen – nun mehr denn je und mit bis dato nicht absehbaren (weil noch nicht erforschten) Folgeerscheinungen.

Freihandelsvertrag zwischen Mercosur und der Europäischen Union

Der Freihandelsvertrag zwischen dem Mercosur und der Europäischen Union scheint nach verschiedenen Medienberichten kurz vor dem Abschluss zu stehen. Seit dem Jahr 2000 wird an dem Vertragswerk gearbeitet. Seit die Mitgliedschaft von Venezuela im Mercosur 2016 ausgesetzt wurde, drängen sowohl Brasilien als auch Argentinien auf einen Abschluss der Verhandlungen. Die politischen Umschwünge durch die Wahl von Mauricio Macri in Argentinien und den Putsch von Michel Temer gegen Dilma Rousseff in Brasilien haben sich jeweils positiv auf die Dynamik der Verhandlungen ausgewirkt.

Die Bolsonaro Regierung hat mit dem neoliberalen Wirtschaftsminister Paulo Guedes einen starken Verfechter des Freihandels mit an Bord. Insbesondere die brasilianischen Soja Exporte versuchen durch den Abbau von Handelshemmnissen wieder Boden gegenüber den US-Soja Produzenten gut zu machen.

In Europa protestieren zum Beispiel irische Fleischproduzenten gegen das Handelsabkommen weil sie sich vor der Konkurrenz aus Südamerika fürchten. Die Freihandelsgegner argumentieren, dass

durch die Fleischproduktion die Abholzung von Regenwäldern unterstützt wird. Angesichts der enorm hohen Abhängigkeit des irischen Tierfutterbedarfs von Importen (66 %) ist dieses Argument natürlich nicht besonders schlüssig. Insbesondere weil 90 % der Einfuhren von Mais und Soja aus den USA, Brasilien und Argentinien stammen.¹ Unterm Strich bangen die europäischen Landwirte lediglich um die Veredelungsgewinne und nicht um das Klima.

Das bedeutet aber nicht, dass der Freihandelsvertrag nicht abgelehnt werden sollte. Es geht nicht darum, dass wir Fleisch oder Tierfutter importieren, sondern darum weniger von beidem zu importieren. Ein erhöhter Handel zwischen den beiden Wirtschaftsräumen wird zwangsläufig auf Kosten der Umwelt und Minderheiten gehen. Wenn die Nachfrage nach Agrarprodukten wächst werden mehr Flächen für die Landwirtschaft erschlossen. Dadurch entstehen neue Landkonflikte und die natürlichen Ressourcen werden weiter ausgebeutet.

Am 11. April wird ein Protestschreiben an die EU-Kommission veröffentlicht das Menschenrechts- und Umweltstandards für das Freihandelsabkommen fordert. Insbesondere weil diese durch den Amtsantritt von Bolsonaro mehr denn je in Gefahr sind.

Für die Kinder nur die Reste - Schulspeisung in São Paulo

Ein Korruptionsskandal im Bereich der Schulspeisung führte 2016 zur Einführung einer Untersuchungskommission. Anscheinend wurden den Schulen überhöhte Rechnungen gestellt und Mittelsmänner haben kräftig mit verdient. Die Aufmerksamkeit für das Thema Schulspeisung führte aber auch dazu, dass die Star-Köchin Janaína Rueda die Speisekarten der Schulen reformierte. Fortan sollten natürliche Lebensmittel Vorrang vor verarbeiteten Lebensmitteln genießen. Hunderte Mitarbeiter*innen der Schulküchen wurden geschult die neuen Gerichte mit frischen Zutaten zuzubereiten. Diese Politik scheint sich aber seit dem 2. Halbjahr 2018 langsam in Luft aufzulösen. Die Köche und Köchinnen die die Weiterbildungen geleitet haben wissen nicht mehr mit wem sie bei den zuständigen Behörden sprechen können. Ihre bisherigen Ansprechpartner wurden entlassen oder versetzt. Das Ministerium selbst bestreitet, dass es Änderungen bei der Planung der Schulspeisung geben würde. Lehrer und Elternverbände bestätigen hingegen, dass mittlerweile wieder viel mit Fertigprodukten gekocht wird.²

1 <https://www.irishexaminer.com/breakingnews/farming/we-depend-two-times-more-on-imported-animal-feed-than-our-neighbours-832683.html>

2 <https://www.brasildefato.com.br/2019/03/14/governo-doria-substitui-projeto-de-alimentacao-in-natura-por-ultraprocessados/>

Verbot des Sprühens von Pestiziden aus der Luft in Ceará

Recht und Erfolg der ländlichen Bevölkerung, ein Beispiel für Brasilien!

Quelle Caritas Brasileira Übersetzung: Kristina Michahelles und Christian Russau

Im gleichen Jahr, in dem in der Europäischen Union das Sprühen von Pestiziden aus der Luft verboten wurde, hat die Gemeinde Limoeiro do Norte im brasilianischen Bundesstaat Ceará dieselbe Maßnahme ergriffen. Das Gesetz vom November 2009 war das Ergebnis des Engagements der ländlichen Bevölkerung, deren Gesundheit durch den monokulturellen Anbau von Früchten durch große Unternehmen im Gebiet Chapada do Aodi, gefährdet war.

José Maria Filho, genannt Zé Maria do Tomé, bemerkte das Problem, als seine Tochter und andere Kinder in der Gemeinde nach dem Baden einen starken Juckreiz verspürten. Dieser verschwand erst, nachdem die Kinder mit Mineralwasser gebadet hatten. José Maria Filho führte das Problem auf die Pestizidbelastung der städtischen Wasserversorgung zurück.

Dies war der Auslöser einer Reihe von Initiativen für den Schutz von Gesundheit und Umwelt. José Maria – und nicht die Unternehmen oder der Staat - ließ Wasserproben entnehmen, um den Grad der Verschmutzung festzustellen und verbreitete diesbezügliche Informationen, um die Sachlage allgemeinverständlich zu machen. Er suchte die Staatsanwaltschaft auf und setzte zusammen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern den Stadtrat unter Druck, um die schwerwiegendste Form der Umweltverschmutzung, nämlich das Sprühen von Giften aus der Luft, zu verbieten.

Auch Universitäten wurden von der Landlosenbewegung MST, CPT und Caritas in die Aktion eingebunden. Die Untersuchungen lieferten starke Hinweise auf Wasser- und Luftverschmutzung, auf akute Vergiftungen, erhöhte Krebssterblichkeitsraten und Missbildungen sowie andere chronische Wirkungen von Pestiziden.

Untersuchungen des Wasserzulieferers COGERH aus dem Jahr 2009 deuteten auf eine hohe Verschmutzung des Grundwasserspeichers Jandaíra-Aquifers durch Pestizide und aus der Luft verwendeten Fungizide hin. Auch die von der UFC durchgeführten Untersuchungen ergaben eine 100%ige Verschmutzung der für die Gemeinde bestimmten Gewässer.

Zé Maria do Tomé wurde fünf Monate nach Verabschiedung des städtischen Gesetzes über das Verbot der Pestizidbesprühung aus der Luft von Unbekannten am 21. April 2010 in Limoeiro do Norte durch 25 Schüsse brutal ermordet. Das Gesetz Nr. 16.820 vom 20. Januar 2019, das nun das Sprühen aus der Luft in ganz Ceará verbietet, trägt nun den Namen des Umweltaktivisten Zé Maria do Tomé.

Die Brutalität und die Ungerechtigkeit dieses Todes führten auch zur Gründung der sogenannten „Bewegung 21“. Ihr Ziel ist es, an den Aktivisten Zé Maria do Tomé und sein Engagement zu erinnern, das bislang unbestrafte Verbrechen in Ceará und Brasilien publik zu machen sowie die Beschwerden der Bewohnerinnen und Bewohner der Gegend Chapada do Apodí über das wahre Gesicht dieses Entwicklungsmodells der Agrarindustrie in ganz Lateinamerika bekannt zu machen: Trauer, Schmerz, Leiden, Krankheit, gefährdete Gesundheit und Entbehrungen.

Das Camp Zé Maria do Tomé versucht, seit dessen Besetzung am 5. Mai 2014, diesem Modell Widerstand zu leisten und in der Gegend der Chapada Lebensmittel ohne Verwendung von Giftstoffen zu produzieren, trotz mehreren Räumungsversuchen seitens der Justiz. Auf diese Weise wird der von Zé Maria initiierte Kampf fortgesetzt und die Forderung nach dem Gesetz verstärkt.

Das Gesetz, welches im Bundesstaat Ceará die Verwendung von aus der Luft versprühten Pestiziden verbietet, hat ihren Ursprung in Leid und Tod und nährt sich von der Einsatzbereitschaft der Bevölkerung. Wir geben nicht auf! Es geht um unser Recht auf Leben, Gesundheit und Umwelt. Dies ist mehr wert als die wenigen schlecht bezahlten und ungesunden Arbeitsstellen, die das Agrobusiness anbietet.

Wir gratulieren dem Gouverneur Camilo Santana (PT) zur Verabschiedung und Inkraftsetzung des Gesetzes. Als erfahrener Landwirt, der mit der bäuerlichen Familienlandwirtschaft vertraut ist, kennt er die Ursachen der Plagen in der Monokultur von Früchten und weiß, dass es andere Formen gesunder Nahrungsmittelproduktion gibt.

Wir gratulieren und danken dem Staatsvertreter Renato Roseno (PSOL) und allen Mitarbeitern des Parlaments für ihr ethisches Engagement für das Leben vor Ort, sowie für den kompetenten Einsatz dieses Gesetzes in fünf Ausschüssen und im Plenum des Landestages Ceará.

Dass diese Initiative in Ceará eine Inspiration und ein Beispiel für andere brasilianische Bundesstaaten sei!

„Kamarad Zé Maria, hier sind wir

Und sprechen für dich, da sie dich stumm gemacht haben“

Kampf und Widerstand für die Chapada do Apodí!

Alle halten zusammen!

Limoeiro do Norte, 15. Januar 2019

Organizações articuladas ao Movimento 21 _ Cáritas Diocesana, Núcleo TRAMAS/UFC, CSP_Conlutas, FAFIDAM, MST, Lecampo/UECE/MAIE, STTR Apodí/RN, Resistência na Educação, CPT, RENAP, EFA Jaguaribana, NATERRA/UECE, OPA.

Termine:

Amig@s do MST (Europe):

Am 13. und 14. April treffen sich in Paris die Freundinnen und Freunde der Landlosenbewegung.

Tag des kleinbäuerlichen Widerstands:

Am 17. April findet wieder der alljährliche Tag des kleinbäuerlichen Widerstands statt. Weltweit wird es an diesem Tag zu Aktionen kommen. Zum Beispiel wird es in Freiburg eine Kundgebung auf dem Platz der alten Synagoge geben bei der auch die Kooperation Brasilien einen Redebeitrag halten wird.

March against Monsanto & Syngenta

Am Samstag, dem 18. Mai 2019 findet der ‚March against Monsanto + Syngenta‘ in Basel statt. Infos hier: <http://www.marchagainstsyngenta.ch/index.php/de/>